

25.01.2012 / Schwerpunkt / Seite 3

## Zeitbombe Arbeitsstreß

**Mehr Verbindlichkeit und Kontrolle beim Schutz psychischer Gesundheit nötig. IG Metall fordert entsprechende Norm. Besonders prekär Beschäftigte gefährdet**

*Johannes Schulten*

Es ist noch nicht lange her, da galt Projektarbeit als eine Möglichkeit für wenige Privilegierte, sich dem Takt der Fließbänder zu entziehen. Heute gehört sie zwar zum Alltag vieler Beschäftigter. Doch zur erhofften Vermeidung von Streß ist es keineswegs gekommen. Im Gegenteil: Laufzeiten überlappen sich, kaum ist ein Projekt mit vielen Überstunden abgeschlossen, steht das nächste bereits in Haus.

Arbeitsbedingter Streß und die daraus resultierenden Erkrankungen haben Hochkonjunktur in Deutschland. Jeder zweite Beschäftigte leidet unter starkem Zeit- und Termindruck, Erschöpfung, ja, dem sprichwörtlichen Burnout. Psychosomatische Leiden werden von Krankenkassen inzwischen auf dem dritten Platz ihrer Statistik geführt. Bei Arbeitslosen ist es sogar Krankheitsbild Nummer eins, wie Professor Rolf Rosenbrock am Dienstag bei einer Pressekonferenz der IG Metall in Berlin erläuterte. Auch der volkswirtschaftliche Schaden von psychosozialer Belastung durch die Arbeitsumstände sei immens, so der Leiter der Forschungsgruppe Public Health am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik betragen die jährlichen Behandlungskosten für psychische Erkrankungen rund 27 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch 26 Milliarden Euro für den verursachten Produktionsausfall.

In der Wissenschaft bestehe seit geraumer Zeit ein Konsens darüber, daß zufriedenstellende Arbeitsbedingungen die Krankheitszeiten reduzieren, erläuterte Rosenbrock. Auch an der rechtlichen Regelung des Gesundheitsschutzes sei nichts auszusetzen. »Im Arbeitsschutzgesetz von 1996 ist alles drin.« Allein - in den Unternehmen spiele die Prävention psychischer Erkrankungen im Gegensatz zu der physischer immer noch eine Nebenrolle, beklagte der Experte. Gesundheitsschutz würde hier nach wie vor auf weniger Belastung durch Lärm oder Licht beschränkt. »Das zentrale Problem ist der Unwille in der Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland, den Vorschriften zu folgen.«

Die IG Metall verlangt daher eine »Antistreßverordnung«. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) müsse sie nach dem Arbeitsschutzgesetz als verbindliche Regeln zum Schutz vor psychischen Risiken aus der Arbeitswelt erlassen, forderte IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. »Es geht darum, die Schutzbestimmungen bei psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz zu konkretisieren und verbindlich zu machen.«

Urban schlug vor, etwa die Takte bei monotonen Tätigkeiten gesetzlich so zu regulieren, daß sie die Gesundheit nicht schädigen. Betriebsräte, die aufgrund der schwammigen Bestimmungen bislang kaum etwas unternehmen können, sei so eine Handhaben zu liefern.

An Grenzen stößt diese Strategie jedoch bei denjenigen, die über keine oder nur geringe betriebliche Interessenvertretung verfügen. Leiharbeiter oder Beschäftigte mit Werkverträgen seien »besonders gefährdet«, durch den »Rost« des Gesundheitsschutzes zu fallen, warnte Urban. Daher dürfe die staatliche Kontrolle nicht aus den Augen verloren werden. Der Großteil aller Bundesländer hätte durch Kürzungen und Entlassungen ihre Arbeitsschutzbehörden massiv ausgedünnt.